

EU-Umweltpolitik: Balanceakt mit Folgen für Versorgungssicherheit und Standort Europa

EU-Regulierungen zu Abwasser und PFAS erhöhen den Druck auf Europas Pharmastandort und werfen Fragen zur Versorgungssicherheit auf.

Wien, 08. Mai 2026 - Wie kann die ökologische Transformation gelingen, ohne die Versorgungssicherheit mit Medikamenten und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gefährden? EU-Gesetzesinitiativen, wie jene zur 4. kommunalen Abwasser-Klärstufe oder zum Verbot sogenannter Ewigkeitschemikalien, stellen die pharmazeutischen Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Wie diese gemeistert werden können, stand im Zentrum der Veranstaltung „Balanceakt: Zwischen Umweltzielen und Versorgungssicherheit“, die die PHARMIG vergangenen Dienstag im Kelsen im Parlament organisiert hatte.

Am Podium saßen Vertreter:innen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK), der Technischen Universität Wien und der pharmazeutischen Industrie. Bei der Kommunalen Abwasserrichtlinie (KARL) wurde vor allem über die Kosten diskutiert, die mit der Errichtung und dem Betrieb der 4. Klärstufe verbunden sind und die laut EU-Richtlinie zu mindestens 80 % von der pharmazeutischen und der Kosmetikindustrie zu zahlen sein werden. Dass eine derartige finanzielle Belastung nicht ohne Auswirkungen auf die Versorgung mit Medikamenten bleiben kann, wurde speziell von den Vertreterinnen bzw. Vertretern der Pharmabranche betont.

So machte Dr. Boris Thurisch vom deutschen Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) in seinem Eingangsstatement deutlich, dass die Branche seit dem Green Deal mit einer Vielzahl neuer Gesetzgebungen aus dem Bereich Umwelt konfrontiert ist, die tief in bestehende Produktions- und Wertschöpfungsprozesse eingreifen. Dabei würden Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte bereits in vielen Bereichen berücksichtigt, gleichzeitig fehlten den Gesetzesinitiativen, insbesondere der Kommunalen Abwasserrichtlinie und jener zu Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), belastbare Daten, funktionale Alternativen und realistische Übergangsfristen.

Sind es bei KARL die enormen Kosten, die auf die Pharmaunternehmen zukommen, zeigte Thurisch genauso auch anhand der Regulierung zu PFAS auf, welche Gefahren pauschale Regulierungsansätze bergen: „In der pharmazeutischen Produktion sind diese Stoffe vielfach unverzichtbar, während Substitutionsprozesse komplex und langwierig sind. Ein weitreichendes Verbot ohne differenzierte Übergangsregelungen hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Arzneimittelversorgung.“

Was die 4. Stufe in der Abwasserreinigung betrifft, so ist die Technologie zwar erprobt, ihre flächendeckende Umsetzung jedoch mit erheblichen technischen und finanziellen Herausforderungen verbunden. Waren sich alle über den Sinn einer weitergehenden Abwasserreinigung einig, so wurde offensichtlich, dass es bei den zugrunde liegenden Kostenannahmen deutliche Unsicherheiten gibt. Während die Europäische Kommission EU-weit von jährlichen Kosten in Höhe von 1,5 bis 1,8 Milliarden Euro ausgeht, kommen andere Analysen auf ein Vielfaches. Auch für Österreich reichen die Schätzungen – je nach Modell – von rund 37 bis über 50 Millionen Euro pro Jahr, bei gleichzeitig erheblichen Unsicherheiten etwa bei Betriebs- und Investitionskosten.

Infrage gestellt wurde demnach die Datengrundlage der EU-Impact-Assessments. Insbesondere die Frage, welcher Anteil der Mikroschadstoffe tatsächlich auf pharmazeutische Produkte

zurückzuführen ist, wurde als noch nicht ausreichend geklärt bewertet. Vor diesem Hintergrund kritisierte Boris Thurisch auch die derzeitige Ausrichtung der Regulierung: „Politisch ist klar erkennbar, dass ein wesentlicher Teil der Kosten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung der pharmazeutischen Industrie zugeschrieben werden soll – bei gleichzeitig unsicherer Datenbasis.“

DI Heide Müller-Rechberger vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) betonte, dass Gewässerschutz und Arzneimittelversorgung gemeinsam gedacht werden müssten. Sie sehe durchaus Ansätze von der Europäischen Kommission und in der Richtlinie selbst, die in diese Richtung gehen. Die Richtlinie enthalte bereits Instrumente zur Nachjustierung, etwa durch Evaluierungen und Anpassungen auf Basis neuer Erkenntnisse. Bezüglich der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen durch die Europäische Kommission betonte sie, dass die verwendeten Kostenkurven grundsätzlich auf soliden Informationen aufbauen. Natürlich könne es bei den finalen Kosten noch Abweichungen geben.

Aus wissenschaftlicher Perspektive unterstrich Ass.-Prof. Mag. Dr. Norbert Kreuzinger von der Technischen Universität Wien die Notwendigkeit eines verbesserten Gewässerschutzes vor dem Hintergrund des Klimawandels und steigender Belastungen durch Mikro- und Spurenstoffe. Die vierte Reinigungsstufe könne einen wichtigen Beitrag leisten, um Oberflächenwasser stofflich so zu entlasten, dass es ohne gesundheitliche Bedenken in der Landwirtschaft oder zum Einsatz kommen könne und auch Rohwässer für die Trinkwasserversorgung aus gewässernahen Grundwässern eine bessere Ausgangsqualität aufweisen. Allerdings seien die Kosten aktuell schwer zu kalkulieren. Einige Parameter seien wegen der zahlreichen lokalen Einflussfaktoren schwer abzuschätzen – etwa die Wechselintervalle der Aktivkohle, die benötigte Ozonmenge oder die Pumpkosten infolge der hydraulischen Situation. Dabei handelt es sich um relevante Betriebskosten, die je nach Standort stark variieren können.

Die Perspektive der industriellen Produktion brachte Dr. Stephanie Jedner, Site Head Kundl beim Pharmaunternehmen Sandoz, ein. Sie unterstrich, dass Umweltschutz und Arzneimittelsicherheit für die Branche selbstverständlich seien und bereits heute erhebliche Investitionen in nachhaltige Produktionsprozesse getätigt würden. Gleichzeitig verwies sie auf die zunehmende ökonomische Belastung europäischer Standorte, insbesondere im Generikabereich mit stark regulierten Preisen. „Eine Tagesdosis Penicillin kostet weniger als einen Euro, ein Cappuccino hingegen fünf bis sechs Euro“, verdeutlichte Jedner die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Je nach Ausgestaltung der Regulierung könnten sich die Produktionskosten einzelner Wirkstoffe deutlich erhöhen. In Einzelfällen wurde von einer Vervielfachung bis hin zu einer Verachtfachung gesprochen. Dies könnte dazu führen, dass Produkte vom Markt verschwinden oder Produktionskapazitäten weiter in außereuropäische Regionen verlagert werden.

Auch Mag. Dr. Thomas Jakl vom zuständigen Bundesministerium BMLUK verwies auf die Komplexität der Regulierung, insbesondere im PFAS-Dossier. Ziel sei ein differenzierter, anwendungsbezogener Ansatz, der Umwelt- und Gesundheitsschutz sicherstellt, ohne sicherheitskritische Anwendungen vorschnell auszuschließen. Übergangsfristen seien dabei essenziell, da Substitutionsprozesse in der pharmazeutischen Produktion oft mehrere Jahre in Anspruch nehmen und tief in bestehende Herstellungsprozesse eingreifen.

Thurisch vom BPI brachte es auf den Punkt: „Wir haben einen klaren Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Versorgungssicherheit – und genau diesen müssen wir faktenbasiert lösen.“ Er plädierte, ebenso wie mehrere Personen im Publikum, dafür, auf europäischer Ebene eine temporäre Aussetzung des Umsetzungstakts der Kommunalabwasserrichtlinie zu prüfen, um offene fachliche und datenbasierte Fragen zu klären.

Einigkeit bestand an diesem Abend darüber, dass die ökologische Transformation nur im Dialog zwischen Politik, Wissenschaft, Behörden und Industrie gelingen kann. Voraussetzung dafür ist jedoch eine faktenbasierte Regulierung, die auf belastbaren Daten beruht, praktikabel umgesetzt werden kann und die die wirtschaftlichen Realitäten der Arzneimittelproduktion berücksichtigt.

Denn klar ist: Eine Regulierung, die ihre Ziele verfehlt oder unbeabsichtigte, negative Nebenwirkungen erzeugt, könnte nicht nur den Pharmastandort Europa schwächen, sondern letztlich auch den Zugang von Patientinnen und Patienten zu lebenswichtigen Therapien gefährden.

Credit Gruppenbild: E. Prokofieff | PHARMIG

Im Bild von links nach rechts:

Mag. Dr. Thomas Jakl - Abteilungsleiter V/5, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, Dr. Stephanie Jedner - Site Head Kundl bei Sandoz, Ass.-Prof. Mag. Dr. Norbert Kreuzinger - Arbeitsgruppenleiter, Technische Universität Wien, DI Heide Müller-Rechberger - Abteilungsleiterin IV/4, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, Sara Grasel - Chefredakteurin von Selektiv, Dr. Boris Thurisch - Geschäftsführer Nachhaltigkeit beim Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)

[Rückfragehinweis](#)

PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs

Head of Communications & PR

Peter Richter, BA MA MBA

+43 664 8860 5264

peter.richter@pharmig.at

www.pharmig.at

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand Mai 2026), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.